

QUIRIN GRAF ADELMANN

**SCHWACH
LANGSAM
IDEENLOS**
HERRSCHAFT DER
MITTELMÄSSIGKEIT

Das Neue Berlin



Quirin Graf Adelmann

Quirin Graf Adelmann ist in Frankreich mit zehn Geschwistern aufgewachsen und Anfang der 90er Jahre nach Berlin-Oberschöneweide gezogen, um Rechtswissenschaften zu studieren und Fußball beim 1. FC Union Berlin zu spielen. Während des Studiums hat er den FC Karlsruher 1995 e.V. gegründet. Der Verein spielte zeitweise mit 22 Mannschaften und 700 Mitgliedern im Berliner Fußball-Verband. Nach Abschluss an der Humboldt Universität hat sich Graf Adelmann für ein berufliches Leben in der Berliner Wirtschaft entschieden. Als Einstieg übernahm er die Führung der Herbst Motorsport-Gruppe im Jahr 2000 in der nachwendlich turbulenten Automobilbranche (ohne Fahrzeughandel). Nach weiteren Stationen in einer kanadischen Produktionsbäckerei in Berlin sowie einem internationalen Family Office machte er sich 2010 selbstständig. Dabei gehören viele Aktivitätsfelder aus den Bereichen Immobilien, Sozialer Wohnungsbau, Kultur, Sport, Musik, Start-ups (FinTech, GovTech & BioTech), Gastronomie, Mobilität, Bildung und Gesundheit zum Portfolio. Mit einem Umbruch 2021 reduzierte er sein Portfolio auf 25 aktive Unternehmen. Neben den wirtschaftlichen Schwerpunkten mit zahlreichen Impact-Unternehmungen gehören auch Gemeinwohl-Aktivitäten im Bereich Gesundheit, Musik, Bildung und Sport zu seinem natürlichen Engagement. Die vielseitigen persönlichen Erfahrungen mit zahlreichen Herausforderungen innerhalb von Teams, Behörden, Banken, politischen Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Krisen in einer sich ständig verändernden Hauptstadt führten zuletzt zu diesem Buch. Verantwortung durch Umsetzung zu übernehmen und damit täglich der Realität ausgesetzt zu sein, persönliche Risiken einzugehen und Lösungen zu schaffen, qualifiziert Graf Adelmann zu diesem Buch.

Einleitung

Positiv ausgedrückt befindet sich unsere Gesellschaft in einer Sinnkrise. Menschen fragen sich, was sie mit ihrer Lebenszeit anfangen sollen und was sie erreichen können oder wollen. Volksvertreter bilden sich aus Parteien, die Berufspolitiker mit immer weniger Bezug zu Realität bündeln. Daneben steht der Staat, der mit seinen Organen in einer Art Starre verharrt und dem Bürger pädagogisch erklärt, was richtig und was falsch ist. Also greift er – angefangen bei den öffentlich-rechtlichen Medien – in unser Leben ein. Dabei wachsen Vorschriften und Apparate trotz der Möglichkeit der Digitalisierung stetig an und reagieren nur auf die Lautesten. Diese Lautesten sind aber nicht die Mehrheit, sondern in der Regel teilweise religiös agierende Minderheiten. So entsteht eine geballte Schockstarre zwischen Moralpredigt eines wachsenden Staates bei gleichzeitiger Lustlosigkeit in der Gesellschaft, etwas Nachhaltiges zu schaffen und sich um die Infrastruktur der Zukunft zu kümmern. Die Qualität und Motivation jedes Einzelnen, etwas zu bewirken, nimmt simultan konstant ab. Es bilden sich plötzlich Berufsgruppen, die inhaltlich nicht durch die Besten besetzt sind, sondern allein aufgrund des Geschlechts, der Zugehörigkeitsdauer, der Anschauung und des sozialen Gefüges gequotelt werden.

So entsteht eine Diktatur der lauten Minderheit. Im Gesinnungsbesetzungswahn werden nun private Aufgaben nicht nur durch immer mehr Normen reguliert, sondern vom Staat selbst im Anschein des privaten Konsenses übernommen oder konkret vorgegeben. Wenn dann eine Krise von außen kommt, werden die Schwächen dieses Systems sichtbar.

In diesem Buch werden zahlreiche Detailthemen chronologisch aus den letzten drei Jahren mit Texten aus der jeweiligen Zeit mit dem Schwerpunkt auf Berlin angegangen. Aus der Perspektive des dort stärksten Marktbereichs werden die konkreten Missstände in unserer Gesellschaft aufgedeckt und vorgehalten. Die Texte sollen auf ironische Weise zum Nachdenken anregen, was besser werden muss, wenn unsere Gesellschaft überleben und sich nicht selbst verbrauchen will. Dabei sind die zahlreichen Beispiele nicht aus der Ferne beschrieben, sondern beruhen auf eigenen Erfahrungen des Autors, der selbst nicht einfach zuschaut, sondern Lösungen in der Realität anbietet und umsetzt.

Berlin, im Oktober 2022

Inhalt

Goodbye, Stadt der Freiheit!	11
Zusammenhalt und Entscheidungen in Zeiten des Corona-Virus	19
Zahlen und Intellekt für die Menschlichkeit	25
Die Lichter gehen aus	33
Ihre Majestät verspricht: Wir haben keine Mauererrichtungsabsicht	41
Versprechen muss man halten!	51
Wiedereröffnung, aber bitte richtig!	61
Berlin vertauscht die Reihenfolge – und verliert	69
Wahlen 2021 für Bund und Berlin	75
Die neuen 20er-Jahre in Berlin	85
Die Schlüsselübergabe an den Staat	93
Meinungsfreiheit in Deutschland	103

Wer gehört noch zur Familie	109
Sightseeing in Berlin	117
Qualitätstourismus in den regierenden Köpfen Berlins	127
Der strategische Preis in der Berliner Exit-Show	139
Die Präsentation und Einnahme von Raum	147
Tag der Arbeit oder: Alles scheißegal	157
Verfall des Geldwertes	169
Der Monat nach Gay und in weiblich	179
Mit vollem Elan nach Berlin	191
340 Milliarden Euro Denkvermögen	201
Wir sind nicht tot. Wir hören nur auf zu leben	213
Rückzug ins Private	221

Wir sind nicht tot. Wir hören nur auf zu leben

Zur Frage, ob sich der Tod auch künftig noch finanzieren lässt

Politik denkt, dass die Menschen dumm sind. Dumm genug zu glauben, dass der 300 € September-Energiekostenzuschuss für Bürger mehr als 170 € netto bedeutet. In Krisenzeiten zeigt sich, ob Politik und Verwaltung können oder eben nicht: Letzteres trifft zu. Leider. Zwei Jahre Gesundheitspolitikwahnsinn und ein Jahr neue Wirtschaftspolitik reichen aus, um 250 Jahre Industriegeschichte zu vernichten und unser Land zu de-industrialisieren. So gesehen hat Berlin einen großen Vorteil gegenüber anderen Bundesländern: Berlin hat nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, aber auch nach dem Fall der Berliner Mauer keine relevante Industrie behalten oder ansiedeln können. Damit betrifft die Industrieenergiekrise eher andere Teile des Bundesgebietes. Um die Energiekrise insgesamt abzumildern, lässt Berlin dennoch alle Außenfassadenbeleuchtungen ab 22 Uhr abschalten. Das spart umgerechnet 0,045 % an Stromkosten in dieser Stadt. Alles wegen des Showeffekts also. Würde man es ernst meinen, verböte die Stadt die Nutzung von Fahrstühlen und Rolltreppen. Damit sparte man 0,4 TW/h ein. Das hätte nicht nur den Effekt, dass wir rund 3 % des gesamten Stromverbrauchs dieser Stadt einsparen würden, sondern die Menschen auch in Bewegung kämen, was wiederum der Gesundheit aller zugutekommt.

Einen weiteren positiven Gesundheitseffekt erreichen wir, würden wir die gut 1,5 Millionen neuen Pedelecs in Deutschland pro Jahr durch einfache Fahrräder (0,9 Millionen pro Jahr) ersetzen (2021). Inzwischen radeln über 10 Millionen Pedelecs in Form von City-Bikes, Mountainbikes und Cargo-Bikes durch Deutschland. Den Stromverbrauch und die Entsorgung der durchschnittlich 13 Jahre haltbaren Akkus kann sicher jeder selbst errechnen. Die meisten Fahrräder werden übrigens

in Kambodscha und Bangladesch hergestellt. Industriebetriebe für Fahrräder „Made in Germany“ haben es in Deutschland bekanntermaßen schwer. Die körperliche Fitnessverpflichtung findet sich jedoch nicht im politischen Schwerpunkt deutscher Gesundheitspolitik. Dort konzentriert man sich darauf, Kinder und Jugendliche von Bildung fernzuhalten und außerdem durch neue Zertifizierungs- und DIN-Vorschriften (schon einmal etwas von MDD, AIMDD, IVDD, MDR, IVDR oder ISO 15189 gehört?) Innovation, kleine Stückzahlen von Medizinprodukten und kleine Labore zu zerstören.

Nun sollen bis zu 200 Milliarden Euro frisches Druckgeld die Belastung von Bürgern und Unternehmen als Gaspreisbremse abmildern. Umgerechnet 10 bis 16 Monate reicht dieses Geld, um allein die Energiekostenerhöhungen abzufangen. Was dann? Bei unseren Regierungen zerbröselt so der Euro-Wert ebenso wie der Glaube des Wahlvolks daran, dass Mathematik Bestandteil politischer Arbeit ist. Nach wie vor fällt kein einziges Wort über einen strategischen, nachhaltigen Plan für die Zukunft oder zu konkreten operativen Umsetzungsmaßnahmen für die kommenden Jahre. Erforderliche Infrastrukturprojekte wie die Erneuerung von Versorgungsleitungen (weg vom Gas) in einer Stadt im Rahmen von Raumordnungsverfahren sind noch nicht einmal begonnen. Allein die fünf größten Energieversorger Deutschlands haben 2021 gut 312 Milliarden Euro umgesetzt. Der Strompreis ist seit Ende 2021 um 100 % gestiegen. Der Preis für Heizöl hat sich ebenso verdoppelt. Die Gaspreise haben sich verviereinhalbfacht. Es ist auch nicht sichergestellt, dass sich die Kosten nicht weiter erhöhen. Schätzungen behaupten eine künftige Verachtfachung. Vorbereitungslos entstehen so abermals verpuffte Druckgeld-Schulden, die die Kinder und Kindeskinde des Landes werden zurückzahlen müssen. Was folgt, ist die Hoffnung, dass die aktuellen Kriegsregionen keine Ausweitung und die Kämpfe ein Ende finden. Wie lautet der Alternativplan? Nun ja. Wer in

Berlin in diesem Winter als bürgender Gastronom oder Anbieter einer Sehenswürdigkeit einen Raum für die Dauer eines Mietvertrages oder im Eigentum offenhalten will, der muss sich etwas einfallen lassen. Während derzeit die teuersten Unternehmensberater der Welt gegen hohe Stundenhonorare auf Kosten der Steuerzahler nachprüfen, ob 10-€-Belege der seinerzeit zwangsgeschlossenen Attraktionen und Gastronomien für die Corona-Schadenersatzzahlungen richtig vorliegen, rechnen die Unternehmer das künftige Überleben im Winter aus:

500 qm Ausstellungsfläche ganzjährig zu betreiben, bedeutet in diesem Winter wohl um etwa 10.000 € höhere Betriebskosten durch Heizung und Strom (monatlich). Nimmt man außerdem 15 Personen Personal an, die ihrerseits höhere Ausgaben haben und verständlicherweise deshalb einen um 15 % höheren Bruttolohn einfordern, um davon wiederum wenigstens die aktuelle Inflationsrate von 8 % auszugleichen, steigen die Kosten der Betreiber konkret um weitere 11.000 €. Dies ergibt also einen um 21.000 € höheren monatlichen Aufwand bei Lohn und Betriebskosten. Dazu kommen gleichwohl auch weitere höhere Kosten wie Indexmieten ab 2023, Ausgaben für Toilettenpapier, Software usw. Einfach überschlagen muss also ein Unternehmen wie eine Attraktion mit obigem Beispiel mindestens 30.000 € monatlich mehr berappen. Dabei sind die Leistungen, die den Besuchern angeboten werden, unverändert. Geht man dann von der branchentypischen Umsatzrendite von 8 % aus und nimmt an, dass die Anzahl der Besucher*innen zuletzt bzw. 2019 ausreichend war, rutscht die Attraktion in ein Minus von gut 5 % des Umsatzes. Sie „erwirtschaftet“ unsubventioniert folglich einen sechsstelligen Jahresverlust. Keine Attraktion ist ein Monopol, bei dem der Anbieter einfach durch Preiserhöhung reagieren kann. Niemand hat Interesse, Restaurants oder Ausstellungen zu Orten zu machen, zu denen sich nur noch Reiche Zutritt leisten können. Was also tun? Soll die private Einrichtung nun

Geld in sechsstelliger Höhe zuschießen, wenn es möglich ist? Folgt die Insolvenz? Wofür macht man das alles und vor allem: Wie lange wird dieser Zustand andauern?

In Berlin gibt es 147 Museen und 391 Ausstellungen (Stand 2019). Natürlich wird es die vielen staatlich-pädagogischen Einrichtungen kaum betreffen. Dort werden sicherlich die Kosten einfach aus Haushaltsgeldern, neuen Schulden und Raubzügen gegen die Privaten finanziert.

Am Beispiel des Humboldt Forums sieht man, dass es völlig egal ist, ob die Besucher*innen in der Sommerzeit wochenlang wegen Wartungsarbeiten das Gebäude größtenteils nicht betreten durften. Es kam auch zuvor kaum ein Besucher in das Kunstkonstrukt. Niemand schaut sich im Detail an, woran es liegt. Man habe schließlich einen anderen Auftrag abseits wirtschaftlicher Kennzahlen. Zur Erinnerung: Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz benötigte 2021 etwa 370 Millionen Euro und rechnete mit weniger als 12 Millionen Euro an Eintrittsgeldern. Da machen einige Millionen Euro höhere Betriebskosten keinen Unterschied. Die Menschen in unserem Land bezahlen das bestimmt gern – werden dazu allerdings nie befragt.

Zurück zu den Privaten: Gut 9.800 Gastronomien, 200 Clubs, 704 Beherbergungsbetriebe mit knapp 140.000 Betten bietet Berlin. Mit etwa 250.000 Mitarbeitenden sind diese Betriebe und Unternehmen der wichtigste wirtschaftliche Motor der Stadt.

Nun stelle man sich vor, dass alle durchschnittlich 5 % ihres Umsatzes cash hinschießen müssen. Operativ waren die Jahre 2020 und 2021 ohnehin angespannt. Hinzu kommt das Damoklesschwert der Gesundheitswillkür, abermals Einrichtungen bei Kapazitäten zu begrenzen, in Clubs nur mit Maske tanzen zu dürfen und – nicht zu vergessen – der Umstand, dass weniger verfügbares Geld den Bürger auch alles an

Konsum streichen lässt, was man nicht zum Leben braucht. Es wird also so oder so ein harter Winter.

Wir dürfen außerdem gespannt darauf sein, wie die Politik reagiert, wenn sich keine neuen Unternehmen mehr gründen. Die Leitzinserhöhung führt dazu, dass neue Unternehmen mindestens 4 % Zinsen für fremdes Geld zahlen müssen. Außerdem muss die Bonität der Unternehmer*innen verbessert und die Eigenkapitalquote höher sein, und das bei kürzeren Laufzeiten. Erschwerte Geldbeschaffung bzw. „teureres“ Geld ist ein notwendiges Übel der jahrelangen Gelddruckpolitik, um die ausufernde Inflation zu bekämpfen. Leider folgt hieraus eine sich über Jahre hinweg aufbauende Hürde für junge, vermögenslose Menschen mit Ideen, die an Geld kommen wollen. So werden Innovation und Chancengleichheit für Menschen dahinschmelzen. Unsere ideenlosen Politiker haben dagegen kein Rezept. Der Staat wird nur immer weiter aufgeblasen.

Erinnern wir uns daran, dass in Europa noch vor gut 15 Jahren mehr Gas produziert wurde als in Russland. Heute hat Deutschland nach Bermuda den höchsten Strompreis der Welt. Da ist weder allgemein über das sogenannte „reshoring“ noch konkret über die Ansiedlung energieintensiver Technologien wie die Entwicklung und Herstellung von Halbleitern nachzudenken. Alle großen Produktionsunternehmen denken über die Abwanderung nach Indien oder die USA nach. Dort findet man noch Fachkräfte, hat Zugang zu dauerhaft niedrigen Energiepreisen und immerhin eine gewisse politische Verlässlichkeit. Die Argumente des deutschen politischen Establishments sind also dümmlich, ideologisch verseucht und letztlich die psychopathische Logik von schizophrenen Träumen. Es geht der Regierung darum, dass das Volk merkt, dass da jemand regiert. Im Grunde könnte man die Regierung ignorieren und das Wahlrecht auf Insassen von Irrenanstalten beschränken. Das Wahlergebnis wäre das gleiche und die Einsparun-

gen wären enorm. Der aktuelle Bundeswirtschaftsminister bräuchte dann auch nicht die Veröffentlichung des Kostenbedarfs der Netzbetreiber mit verknüpfter weiterer Strompreiserhöhung krampfhaft vom 1. auf den 17. Oktober zu verschieben, nur weil in Niedersachsen am 9. Oktober gewählt wird und diese schlechte Nachricht so nicht zu Direktreaktionen führen kann.

Schauen wir uns einen anderen Aspekt in Berlin an: Hierzulande werden nach wie vor Genehmigungen zur Eröffnung einer Gastronomie oder einer Ausstellung oder für den Bau eines Hotels mit riesigen Hürden versehen. Für die Beantragung einer Bau- und Nutzungsgenehmigung gehen Jahre ins Land. Wehrt man sich gegen willkürliche Entscheidungen von Behörden oder schlichtweg gegen das Nichtstun, vergehen bis zum ersten Termin beim Verwaltungsgericht in Berlin fünf Jahre. In zivilrechtlichen Eilverfahren zum Kammergericht vergehen zwei Jahre. Man kann hier getrost behaupten, dass die Rechtspflege stillsteht – so wie in afrikanischen Bürgerkriegszonen. In unserem Land allerdings werden sinnbildliche Todesurteile nicht mehr ohne Verfahren gefällt. Das nennt man dann „zivilisierten Rechtsstaat“. Das Todesurteil fällt dennoch durch die simple Realität. Mit den Worten des aktuellen Ministers: „Wenn wir Glück haben und sparsam sind und das Wetter mitspielt, haben wir eine Chance.“

Für die Regierungen in Deutschland ist Erfolg und Verantwortung ein Glücksspiel. Unser Land ist am Ende.

Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN 978-3-360-02753-5

1. Auflage 2022

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Frontispizfoto: Adrian Serini

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Benedikt Montaser

Printed in EU

www.eulenspiegel.com